

## **Integrieren heisst Werte vermitteln**

**Bereits vor Jahresfrist hat die Evangelische Volkspartei der Schweiz ihre Position „zum Umgang mit dem Islam in der Schweiz“ geklärt, wie eine an der ordentlichen DV vom 30. April 2005 verabschiedete Resolution heisst. Auch im neuen Schwerpunkteprogramm finden sich wichtige Grundsätze und Massnahmen.**

Im am Samstag in Thun verabschiedeten neuen Schwerpunkteprogramm der EVP Schweiz findet sich im Kapitel Migration und Asyl der Grundsatz, wie mit islamischen Gruppierungen umzugehen sei: „Auf das Anwachsen der muslimischen Bevölkerung wollen wir nicht mit Angst, sondern mit Aufklärung auf beiden Seiten reagieren. Wie von allen anderen Migrantinnen und Migranten verlangen wir von ihr, dass sie die Grundsätze unseres Zusammenlebens akzeptiert.“

Konkretisiert wird dieser Grundsatz mit einzelnen Massnahmen. So soll ein Sprachkurs, in dem auch über die ethischen Grundwerte, Rechte und Pflichten (beispielsweise der Frau) in der Schweiz informiert wird, von allen Migrantinnen und Migranten besucht werden müssen. Wichtig ist der EVP dabei, dass möglichst rasch integriert wird, wer definitiv bleiben darf. Integration bedeutet dabei nicht die Aufgabe der eigenen kulturellen Identität, sondern bedarf vor allem dem gegenseitigen Verständnis, eben der „Aufklärung auf beiden Seiten.“ Gerade in der Schule zeigt sich, dass durch ein Gespräch mit den Eltern mehr erreicht werden kann, als mit vorschnell ausgesprochenen Dispensationen vom Turnunterricht oder Klassenlagern.

Die Resolution „zum Umgang mit dem Islam in der Schweiz“ hält zunächst fest, dass die Schweiz von christlicher Tradition geprägt ist. Aus diesen Wurzeln resultieren Werte, wie Ehrlichkeit, Gerechtigkeit, Nächstenliebe, gegenseitiger Respekt, Versöhnung und Menschenwürde. Sie bilden aus Sicht der EVP die Grundlage unserer Gesellschaft, unserer Demokratie, aber auch unserer Wirtschaftsordnung. Drittens hält die Resolution fest, dass die Glaubensfreiheit unantastbar ist: Jede Religionsgemeinschaft muss ihren Glauben ungehindert ausüben können, sofern sie dabei nicht gegen Verfassung und Gesetz verstösst. Glaubensfreiheit bedeutet auch, dass jede Person ihre Religion frei wählen und ohne Diskriminierung wechseln können muss. Mit der bei uns garantierten Religionsfreiheit ist aber auch ein Gegenrecht verknüpft: wir erwarten vom Bundesrat, dass er sich für die Glaubensfreiheit von Christen in islamischen Ländern einsetzt. In der Schule legt die EVP Wert darauf, dass in der Primarschule christlicher Religionsunterricht angeboten wird: jedes Kind, das in der Schweiz aufwächst, muss wissen, weshalb wir Weihnachten, Ostern und Pfingsten feiern. Auf der Oberstufe soll sich das obligatorische Fach mit Abmeldemöglichkeit mit anderen Religionen auseinandersetzen können. Ganz wichtig ist der EVP der Grundsatz, dass Integration gemeinsamer Werte bedarf: Wer in der Schweiz leben will, muss Toleranz gegenüber Andersgläubigen üben und die Gleichwertigkeit der Geschlechter respektieren. Schliesslich will die EVP weder ein Kopftuchverbot noch eine staatliche Imam-Ausbildung.

Diese Resolution wurde von der Aussenpolitischen Kommission der EVP Schweiz in Zusammenarbeit mit dem Islamwissenschaftler Dr. theol. Andreas Maurer erarbeitet und wurde vor Jahresfrist an der ordentlichen Delegiertenversammlung der EVP Schweiz vom 30. April 2005 in Frauenfeld verabschiedet.

Zürich, den 28. Februar 2006/nh

Für Auskünfte:

---

Nationalrat Heiner Studer: 079 445 31 70

Niklaus Hari, Kommunikationsverantwortlicher EVP Schweiz: 079 202 72 27

---